

vpu newsletter

Verband der
PflegedirektorInnen
der Unikliniken

Sonderausgabe Juli 2012 | Pflegekammern



Editorial Irene Maier

Liebe Mitglieder,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie uns über Geld sprechen – und darüber, was geschieht, wenn es fehlt oder an der falschen Stelle eingesetzt wird. Schätzungsweise mehr als ein Viertel der bundesdeutschen Universitätskliniken wird das laufende Jahr mit einer negativen Bilanz abschließen. Als Grund für die enormen Defizite werden unter anderem die gestiegenen Personalkosten genannt. So sehr ich den ärztlichen Kollegen wie auch allen anderen Berufsgruppen eine angemessene Entlohnung gönne – es war abzusehen, dass die durch die Tarifierung verursachten Mehrausgaben nicht durch Einnahmen ausgeglichen werden würden. Abzusehen war auch, dass das Thema Stellenabbau in den Vorstandsbüros der Universitätskliniken wieder einmal sehr präsent ist.

Im Namen aller Pflegedirektoren und Pflegedirektorinnen warne ich die Verantwortlichen jedoch ausdrücklich vor einem erneuten Abbau im stationären Pflege- und Funktionsdienst. Die Kapazitäten sind schon heute mehr als ausgereizt. Eine weitere Ausdünnung der Personaldecke gefährdet die Sicherheit der uns anvertrauten Patienten. Anstatt kurzfristig den Rotstift anzusetzen und Personalbudget zu streichen, sollten sich die Vorstände der betroffenen Kliniken mit allen Berufsgruppen an einen Tisch setzen und konstruktiv überlegen, wie die erforderlichen Einsparungen erzielt werden können, ohne dass die Versorgungsqualität leidet. Zu konstruktiven Gesprächen sind wir jederzeit bereit!

Dass Sie zu Gesprächen und Diskussionen auf hohem fachlichem Niveau bereit sind, haben viele von Ihnen am 29. Juni bewiesen. Mit Ihrer Teilnahme an unseren Foren „Pflégewissenschaft und Pflegeforschung an deutschen Universitätsklinika“ und „Pflegerische Innovationen an deutschen Universitätsklinika“ haben Sie maßgeblich dazu beigetragen, dass der mittlerweile achte VUD-Innovationskongress der deutschen Hochschulmedizin auch für den VPU ein voller Erfolg war. Dies war insbesondere deswegen wichtig, weil wir in diesem Jahr eine Premiere feiern konnten: Zum ersten Mal in der Geschichte des Kongresses hat der VPU einen eigenen Programmteil gestaltet, welcher die Verzahnung der medizinischen und pflegerischen Forschung an den Universitätskliniken unterstreicht. Wir freuen uns auf die Fortsetzung dieser gelungenen Zusammenarbeit.

Ich wünsche uns allen einen Sommer, der diesen Namen verdient.

Herzlichst, Ihre

Irene Maier

Zum Thema dieses Sondernewsletters – Pflegekammern

Rechtsanwälte haben sie, Architekten, Steuerberater, Ärzte und Handwerker. Die professionelle Pflege hat sie – noch – nicht: die Berufskammer. Seit rund zwei Jahrzehnten streiten Befürworter wie der VPU und Gegner nun schon über den Sinn und (vermeintlichen) Unsinn von Pflegekammern. Während die meisten Pflegenden die Verkammerung als überfälligen Schritt zur Aufwertung und weiteren Professionalisierung sowie zur Selbstverwaltung der professionellen Pflege bewerten, warnen die Skeptiker vor zusätzlichen bürokratischen Strukturen, Zwangsmitgliedschaft und -beiträgen. Trotz der anhaltenden Diskussionen geht es in kleinen Schritten voran – jedes Bundesland legt dabei sein eigenes Tempo vor. Ein Überblick über die aktuelle Situation: Noch ist es keinem Bundesland gelungen, eine Pflegekammer zu gründen. Zu stark sind die Widerstände bei Koalitionspartnern, Gewerkschaften und anderen Interessensgruppen. Die Argumente der Befürworter und Gegner sind in allen Ländern ähnlich, lediglich die Annäherung der Diskussionspartner ist unterschiedlich weit gediehen. In der Übersicht auf der nächsten Seite haben wir uns deshalb darauf beschränkt, die Situation in einigen Bundesländern genauer zu betrachten.

THEMA

Ab ins Kämmerlein!

Die Übersicht zeigt: Besonders gut sieht es derzeit in Rheinland-Pfalz und in Schleswig Holstein aus. In beiden Ländern konnten die Gesprächspartner sich soweit einigen, dass es nun an die konkrete Umsetzung zu gehen scheint. Das Beispiel Bayern hingegen zeigt, dass auch der ambitionierteste und medial geschickteste Vorstoß durch den Koalitionspartner erfolgreich ausgebremst werden kann. Bereits im Januar 2011 hatte Gesundheitsminister Söder die Gründung einer Pflegekammer angekündigt und sich dadurch als Vorkämpfer für die Pflege empfohlen. Ob er sein Versprechen, in Bayern die erste Pflegekammer zu errichten, einhalten kann oder ob er von Rheinland-Pfalz überholt wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist: Aus Sicht der professionellen Pflege gibt es keine Alternative zur Pflegekammer. Gemeinsam mit den übrigen Berufsverbänden wird der VPU sich deshalb auch weiterhin für die Gründung von Pflegekammern einsetzen.

Laut Sozialministerin Malu Dreyer ist die Gründung einer Berufskammer für Pflegekräfte in **Rheinland-Pfalz** ab 2014 realistisch. Das Land bereitet eine repräsentative Umfrage unter allen Pflegefachkräften vor. Falls sich eine Mehrheit für eine Pflegekammer ausspricht, will die Landesregierung diese gesetzlich verankern. Das Gesetzgebungsverfahren könnte bereits Ende 2012 oder Anfang 2013 beginnen, die Pflegekammer könnte Anfang 2014 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Anlässlich einer Podiumsdiskussion mit Pflegeexperten, Berufspolitikern und Senioren im Mai 2012 haben die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen in **Schleswig-Holstein** angekündigt, die erste Pflegekammer Deutschlands schaffen zu wollen. Auch die SPD hat sich die Einführung einer Pflegekammer ins Parteiprogramm geschrieben – mal sehen, ob's hilft.

Er wollte der erste sein: Bereits im Januar 2011 hatte CSU-Gesundheitsminister Söder die Gründung einer Pflegekammer in **Bayern** angekündigt. Am 9. Februar 2011 wurde auf Initiative Söders das *Bündnis für Pflegekammer* gegründet. Aufgrund des Widerstands des Koalitionspartners FDP ist es jedoch unwahrscheinlich, dass es noch in dieser Legislaturperiode zur Gründung einer Pflegekammer kommt.

In **Niedersachsen** und **Baden-Württemberg** liegen Anträge zur Gründung von Landes-Pflegekammern vor. Beide Landesregierungen haben bekannt gegeben, die Lage ausführlich prüfen zu wollen. Hoffnung auf eine schnelle Entscheidung gibt es in Baden-Württemberg: Die Grüne Landesregierung hat angekündigt, sich schon bald zu Gesprächen mit den Antragstellern zusammen setzen zu wollen. In Niedersachsen

hatten Pflegedirektorinnen und -direktoren erst im Februar in einem Brief an die Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit, Integration, Aygöl Özkan eindringlich für die Einrichtung einer Pflegekammer plädiert - bislang ohne konkretes Ergebnis. Dem Bremer Pflegerat liegen mehr als 1.000 Unterschriften von Pflegenden für die Einrichtung einer Pflegekammer vor. Noch lehnt die SPD geführte Landesregierung die Einrichtung einer Kammer jedoch strikt ab: Dem SPD-Landtagsabgeordneten Winfried Brumma zufolge deckt die Arbeitnehmerkammer alle Aufgaben und Leistungen einer Pflegekammer umfassend ab; eine Neugründung sei daher nicht geplant. Unterstützt wird das Projekt Pflegekammer Bremen hingegen von der Bremer CDU-Bürgerschaftsfraktion. In einem Antrag hat sie den Senat aufgefordert, die Voraussetzungen für die Gründung einer Kammer bis zum 1. Februar 2013 zu prüfen und einen Bericht vorzulegen.

In **Hessen** wurde bereits 2009 ein Positionspapier vorgelegt, das die Errichtung einer Pflegekammer fordert. Die Forderung wurde in der letzten Sitzung des Landespflegerates erneut formuliert. Ein konkreter Umsetzungsplan liegt auch hier jedoch noch nicht vor.

Noch keine Kammer, aber ein vorbildlich engagierter Nachwuchs: Der Förderverein zur Errichtung einer Pflegekammer in **Nordrhein-Westfalen** e.V. verzeichnete im April diesen Jahres einen unverhofften Mitgliederzuwachs, als die Studenten des dualen Bachelorstudienganges Gesundheits- und Krankenpflege der FH Bielefeld geschlossen dem Förderverein zur Errichtung einer Pflegekammer in NRW beitraten. Engagement auch bei den „Professionals“: Nachdem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor der vorgezogenen Landtagswahl angekündigt hatte, das Konzept der Pflegekammer weiter vorantreiben zu wollen, hat der Pflegerat NRW die Ministerin für Schule und Weiterbildung und stellvertretende Ministerpräsidentin, Sylvia Löhrmann, in einem Brief dazu aufgefordert, diese Ankündigung einzulösen und das Thema Pflegekammer in die Koalitionsverhandlungen einzubringen. Die Antwort steht aus.

Anja Kistler, Geschäftsführerin DBfK Nordost e.V., ging im Rahmen des diesjährigen Pflegekongresses in Berlin insbesondere auf die Situation in **Berlin** und **Brandenburg** ein und sprach sich klar für eine Pflegekammer aus. Die Landesregierung konnte sich indes noch nicht einigen, ob sie die Initiative unterstützt.

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V., VPU
 Alt-Moabit 96, 10559 Berlin | Telefon: +49 (0)30 138957-61
 E-Mail: info@vpu-online.de | Internet: www.vpu-online.de
 Redaktion: Vital Relations GmbH, Mörsenbroicher Weg 200, 40470 Düsseldorf
 Telefon: +49 (0)211 583357-511